

Vortrag an den Ministerrat

18. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs, Den Haag, 2.-7. Dezember 2019; österreichische Delegation

Voraussichtlich von 2. bis 7. Dezember 2019 wird in Den Haag die 18. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts (RS) des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) gemäß Art. 112 RS (BGBl. III Nr. 180/2002 idF BGBl. III Nr. 95/2015 und BGBl. III Nr. 96/2015) stattfinden.

Bei dieser Tagung findet neben der jährlichen Generaldebatte über die Arbeit des IStGH und einer Plenardebatte zum Thema Kooperation insbesondere die Wahl von sechs Mitgliedern des Budget- und Finanzausschusses sowie die Wahl eines Mitglieds des Beratenden Ausschusses für Nominierungen statt.

Die aktive Teilnahme der österreichischen Delegation an der 18. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des RS des IStGH ist im Lichte der Diskussionen über die Stärkung des IStGH, der Verbesserung seiner Effizienz und Effektivität und damit im Zusammenhang der Frage einer externen Expertenüberprüfung des Gerichtshofs sowie der aktuellen Herausforderungen insbesondere im Bereich der Zusammenarbeit und aufgrund der kritischen Haltung der USA gegenüber dem Gerichtshof, besonders wichtig. Darüber hinaus bewirbt sich ein österreichischer Kandidat für einen Sitz im Budget- und Finanzausschuss. Österreich ist des Weiteren Mitglied im Büro der Vertragsstaatenversammlung, weshalb eine möglichst lückenlose Abdeckung aller Plenar- Koordinations- und Verhandlungssitzungen erforderlich ist.

Es ist beabsichtigt, zu dieser Tagung folgende österreichische Delegation zu entsenden:

Botschafterin Dr. Heidemaria Gürer
Delegationsleiterin

Österreichische Botschafterin in den
Niederlanden

Mag. Pia Niederdorfer
Stv. Delegationsleiterin

Bundesministerium für Europa,
Integration und Äußeres

Gesandter-Botschaftsrat MMag. Mourad
Mahidi, E.MA

Österreichische Botschaft Den Haag

Mag. Katharina Kofler, BA

Österreichische Botschaft Den Haag

Mag. Dipl.-Ing. Laura Katholnig

Ständige Vertretung Österreichs bei den
Vereinten Nationen in New York

Die erforderlichen Reisekosten finden im Budget des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres ihre Deckung. Sofern Beschlüsse zu Beitragserhöhungen gefasst werden, werden sie aus den dem zuständigen Ressort zur Verfügung gestellten Mitteln bedeckt.

Im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz stelle ich daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle dem Herrn Bundespräsidenten vorschlagen, die Mitglieder der österreichischen Delegation in der oben angeführten Zusammensetzung zur Teilnahme an den Beratungen und Beschlussfassungen der 18. Tagung der Versammlung der Vertragsstaaten des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs zu bevollmächtigen.

31. Oktober 2019

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M
Bundesminister